Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 54 (1998)
Heft: 2

Artikel: Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844482

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HALT GEWALT GEGEN FRAUEN IN EHE UND PARTNERSCHAFT

Vor einem Jahr, nämlich vom 6. Mai-6. Juli 1997, lief die nationale Kampagne Halt gegen Gewalt gegen Frauen. Sie bezweckte, die Schweizer Bevölkerung sowie die Behörden über die Problematik der Männergewalt gegen Frauen zu informieren. An ihrer diesjährigen Frühjahrskonferenz zogen die Gleichstellungsbeauftragten nun Bilanz und verabschiedeten den Schlussbericht.

Mit der Kenntnisnahme der Ergebnisse soll das Thema nicht in der Schublade verschwinden. Der Abbau der innerhäuslichen Gewalt ist eine dringende Aufgabe, die das Engagement aller gesellschaftlichen Kreise erfordert. Die Weltgesundheitsorganisation versteht Gewaltprävention als eine prioritäre Massnahme der Gesundheistvorsorge, sie liegt im Interesse aller, der Verschonten wie der Opfer.

BREITENWIRKUNG ERREICHT

Die Gleichstellungsbeauftragten dürfen zufrieden sein, die Anti-Gewalt-Kampagne stiess auf ein lebhaftes Echo. Eine extra eingerichtete Info-Linie - in deutscher, französsicher und italienischer Sprache - führte während den beiden Monaten über 1000 Gespräche. Nach der offiziellen Beendigung gingen weitere 200 Anrufe ein, die ein Automat an die Nummer 143, die "Dargebotene Hand", weiterwies. Die Medien stellten sich erfreulich oft in den Dienst der Sache: 52 Radio- und Fernsehbeiträge sowie zahlreiche Zeitungsartikel lenkten die Aufmerksamkeit auf die Info-Linie.

WHO IS WHO?

60% der Anrufe gingen von Gewaltbetroffenen selbst ein, 18% von Fachpersonen und 13% aus der Umgebung Gewaltbetroffener. 75% der Anrufe kamen aus der deutschen, 23% aus der französischen und 2% aus der italienischen Schweiz.

Einen besonders hohen Anteil unter den Anrufenden nahm die Gruppe der über 50-jährigen, gefolgt von den über 65-jährigen

Frauen ein, die teilweise nach Jahren erstmals über ihre Gewalterfahrung zu sprechen wagten. 16% der Anrufenden waren Männer, allerdings war nur ein geringer Teil davon Täter. Die meisten Anrufe gingen nach dem Wochenende ein, nämlich Montag und Dienstag, was sich vielleicht mit der konfliktbeladeneren Anwesenheit von Mann und Frau zuhause erklären lässt.

GESPRÄCHSTHEMEN

Die betroffenen Frauen sprachen über die erlebten Gewaltformen, am häufigsten erwähnten sie psychische und körperliche Gewalt. Sexuelle Gewalt scheint weiterhin ein Tabuthema zu sein. Es kamen ferner Probleme im Zusammenhang mit Trennung oder Scheidung sowie mit Depressionen zur Sprache. Eine Reihe Anruferinnen erwähnten kritisch das Desinteresse von Behörden für die Problematik der Gewalt in Ehe und Partnerschaft. Ueber die Gepräche wurden Kurzprotokolle erstellt, die eine wissenschaftliche Auswertung gestatten sollen.

INFORMATIONSBEDÜRFNIS DER OPFER

Die zahlreichen Anrufe beweisen, dass in diesem Bereich ein grosses Informationsbedürfnis besteht. Es gelang, weite Bevölkerungskreise sowie Politikerinnen und Politiker aufzurütteln. Hilfe zugunsten der Gewaltopfer, wie sie beispielweise seit Jahren von Frauenhäusern geleistet wird, wurde endlich zum öffentlichen Thema. Deshalb beabsichtigt die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftraten, die Informations- und Sensibilisierungsarbeit weiterzuführen. Ziel ist ein konsequenter Opferschutz und die finanzielle Sicherstellung der Interventionsprojekte.

AM FALSCHEN ORT GESPART

Die Finanzknappheit dieser Institutionen ist leider kein schweizerisches Phänomen, wie sich an der Tagung des europäischen Netzwerks der deutschsprachigen Interventionsprojekte im April 1998 in Rheinfelden zeigte. Längerfristig profitiert die ganze Gesellschaft von Investitionen im Bereich der Gewaltverhinderung. Ausländische Modelle haben erfolgreich gezeigt, dass sich Täter zur Rechenschaft ziehen lassen, wenn die

Behörden rechtzeitig und konsequent durchgreifen.

MASSNAHMEN

Die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten fordert folgende Massnahmen:

- Ausreichende finanzielle Unterstützung zum Auf- und Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen für gewaltbetroffene Frauen in allen Kantonen.
- Konsequente Haltung von Polizei-, Untersuchungs- und Gerichtsbehörden sowie der Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialbereich, damit die Wahrnehmung der Problematik geschärft und ein adäquater Umgang mit den Opfern gewährleistet werden kann.
- Zivilstandsunabhängiges Aufenthalts- und Arbeitsrecht von Migrantinnen, damit sie sich von ihrem gewalttätigen Ehemann trennen können, ohne Gefahr zu laufen, aus der Schweiz ausgewiesen zu werden.

DER SCHLUSSBERICHT DER KAMPAGNE "HALT GEWALT GEGEN FRAUEN IN EHE UND PARTNERSCHAFT" IST BEI FOLGENDER ADRESSE ERHÄLTLICH:
KATYA BAUMANN, EIDG. GLEICHSTELLUNGSBÜRO, EIGERPLATZ 5, 3003 BERN.
TEL. 031 322 79 83

MIGRANTINNEN

Diese Frauengruppe war bislang besonders gefährdet, weil sie nach gegenwärtigem Recht gar keine andere Wahl hatten, als bei ihrem gewalttätigen Ehemann auszuharren. Christine Goll reichte im Nationalrat eine parlamentarische Initiative zum zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsrecht ein. Der Nationalrat überwies die Initiative und gegenwärtig erarbeitet die zuständige nationalrätliche Kommission einen entsprechenden Gesetzestext.

Auch in der Schweiz sind die Verhältnisse weiterhin nicht ideal: Mehr als eine von fünf Frauen hat während ihres Lebens unter physischer oder sexueller Gewaltanwendung durch ihren (Ehe)partner zu leiden. Das muss nicht sein...

FAHRAUSWEIS ADE!

6,2 Mio Personen, v.a. Väter, sollten in den USA Unterhaltszahlungen für ihre Kinder leisten, kaum die Hälfte kommt dieser Verpflichtung nach. Der Bundesstaat New Mexiko entzieht den säumigen Zahlern nun den Führerschein.